

Politik



Eine kleine Erfolgsgeschichte der Studiengebühren unter rot-grün seit der letzten Bundestagswahl haben wir zusammengestellt auf

Seite 2

Wahlen



Was mit den Grünen nach der nächsten Bundestags- und ihrer Abwahl passieren wird, dazu mehr in einem Interview auf

Seite 4

Hochschule



Einige ASten möchten gerne was zur Allgemeinpolitik sagen, dürfen aber nicht und viele Studis wollen zumindest vom NS nichts mehr

Seite 3



<http://www.bo-alternativ.de>



Die beste Bochumer Zeitung Schreiben für den Weltfrieden

Jede Regierung hat bekannter- und bekennendermaßen ihr eigenes höchstpersönliches Presseorgan. Auf Kuba ist dies die Granma, in der DDR war es das Neue Deutschland und in der UdSSR die Prawda. Auch der Bochumer AStA hat seit fast 25 Jahren ein informatives und kritisches Presseorgan namens bsz. Nachdem diese Zeitung jahrelang einmal im Monat erschien, gibt es seit dem letzten Jahr wöchentlich Neuigkeiten aus den Bereichen Studierendenpolitik, Lokales, Kultur und Schelte gegen die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse.

Jeweils mittwochs sorgen freundliche MitarbeiterInnen dafür, dass ihr nicht nur den aktuellen Mensaplan auf den Tischen derselben finden könnt, sondern auch kurzweilige und informative vier Seiten voller Wichtigkeiten aus der weiten Welt euer Essen zumindest eini-

germaßen erträglich gestalten. Hierbei ist die bsz die wohl weltweit einzige Zeitung, die auf so Dummheiten wie einen eigenen Wirtschafts- und Arbeitsmarktteil verzichtet.

Informativ und polemisch

Geboten werden vielmehr messerscharfe Analysen der neuesten Studiengebührenideen der Landesregierung, Warnungen vor Nazidemonstrationen oder Vorstellungen interessanter Bücher oder Platten. Besonderer Beliebtheit bei LeserInnen-schaft und Redaktion erfreut sich die wöchentliche Rubrik des Konsumterrors. Dort werden bisher meist im verborgenen der Läden liegenden gebliebene Produkte ausführlich untersucht und so einem breiten Publikum vorgestellt. Doch wird in der bsz nicht nur Uni und studiinterne Politik über den Leisten gezogen, auch alles was es Neues aus Bochum zu berichten gibt, dank der AußendienstmitarbeiterInnen erfährt die bsz meist als erste davon. Deswegen heißt die bsz seit neuestem auch Bochu-

mer Stadt- und Studierendenzeitung statt nur Bochumer Studierendenzeitung.

Wer schreibt, der bleibt

Natürlich freut sich die bsz über jeden, der oder die sich aufgerufen fühlt, an der Aufklärung der Öffentlichkeit mitzuarbeiten und sich dabei keine goldene Nase zu verdienen. Alle die Lust haben, auch einmal ihren Namen unter einem Artikel der nicht nur ältesten, sondern sicherlich auch besten Studienzeitung Deutschlands zu finden, ist herzlich dazu eingeladen. Wir treffen uns wöchentlich am Montag ab 12.00 Uhr c.t. zur Produktion der Zeitung. Darüber hinaus sind wir per Telefon unter 0234/3226900 oder aber elektronisch unter bsz@ruhr-uni-bochum.de erreichbar. Als Belohnung winken übrigens Presseausweise für langweilige Premierpartys und coole Konzerte oder aber auch Rezensionsexemplare für tolle Bücher, die aber dann auch wirklich rezensiert werden müssen. Wir sehen uns demnächst im Raum 081 des Studierendenhauses.



Wer lernen will, muss auch Kredite aufnehmen Studiengebühren für alle?

Neu ist das Thema Studiengebühren nicht, denkt man doch seit ihrer Abschaffung in den 60er Jahren über ihre (Wieder-)Einführung nach. Und jetzt wird es ernst. Zwar hat Johannes Rau am 15. August dieses Jahres das neue Hochschulrahmengesetz unterschrieben, welches den Studierenden in Deutschland ein gebührenfreies Erststudium zusichert. Doch das heißt längst nicht, dass damit Studiengebühren verhindert werden. Ganz im Gegenteil. Es lässt „Ausnahmen“ in Form von Langzeitgebühren zu. Damit wird legitimiert, was in Bayern und Baden-Württemberg bereits seit einigen Jahren Praxis ist und was in Nordrhein-Westfalen ab dem Sommersemester 2003 in die Praxis umgesetzt werden soll. Zum Stand der Dinge:

Lange Zeit galt NRW als die Bastion gegen Studiengebühren in der Bundesrepublik. Im Frühjahr dieses Jahres wurden jedoch Pläne der Landesregierung bekannt, die Langzeitstudiengebühren in Höhe von 650 Euro und eine zusätzliche Verwaltungsgebühr von 50

Euro (pro Semester) vorsahen. Dies war der Auslöser für eine Reihe von Studierendenprotesten und Streiks an fast allen nordrhein-westfälischen Hochschulen, durch die es gelang, dass zumindest die geplante Verwaltungsgebühr ad acta gelegt wurde. Langzeitgebühren waren und sind jedoch längst noch nicht vom Tisch. Obwohl es einen Beschluss des Landesparlamentes der SPD gibt, der jegliche Art von Gebühren ablehnt, scheint dies das Kabinett nicht zu interessieren. In einem Kabinettsbeschluss vom 12. Juli 2002 wurde die (vorübergehende) Einführung von Langzeitgebühren beschlossen, bis das für das Jahr 2005 geplante Studienkontenmodell in Kraft treten wird.

Am 17. Juli 02 erreichte die Hochschulen und ihre Mitglieder (also auch die Asten) ein Entwurf des Studiengebührengesetz, mit der Aufforderung, innerhalb von drei Wochen dazu Stellung zu beziehen. In Anbetracht der fernenbedingten Leere der Uni besteht seitens der Landesregierung wohl kein Interesse an ernsthaftem Austausch von Argumenten, denn die kurze Frist entlarvt die „Bemühen“ um eine Diskussion des Gesetzes als reine Phrasendrescherei. Wer sagt da noch, wenn man mit den PolitikerInnen reden würde, könnte da was konstruktives rauskommen, wenn diese einem nicht mal eine ernsthafte Möglichkeit

zur Diskussion einräumen. Die Stellungnahme des AStA der Ruhr-Uni ist übrigens nachzulesen unter www.asta-bochum.de.

Der Entwurf...

In dem Gesetz wird das gebührenfreie Erststudium festgeschrieben. Zum Wintersemester 2004/2005 wird dann das Studienkontenmodell eingeführt. Bis zu diesem nur scheinbar fernen Zeitpunkt werden ab dem nächsten Sommersemester Wahlversprechen gebrochen und für sogenannte Langzeitstudis (buchstabierte: „Sündenböcke“) Studiengebühren (650 Euro) erhoben. Ein Sündenbock hat seine Regelstudienzeit um mindestens drei bis vier Semester überschritten. Ein Studiengangwechsel während der ersten beiden Semester wird nicht angerechnet. Für Kindererziehungspausen oder Studiumsverzögerung durch irrelevante Gremienarbeit werden Ausnahmen und Erleichterungen in gewissem Umfang großzügig gewährt. Die Krönung des Projekts „Soziale Selektion an den NRW- Unis“ stellt die erneute Subventionierung durch Banken dar: Das Land bietet in Härtefällen Zinsbeihilfen für Darlehen an (nicht Darlehen oder Darlehensbeihilfen, nein, Zinsbeihilfen), die gegebenenfalls zur Beendigung des Studiums aufgenommen werden müssen. Das Ergebnis sind (noch mehr) verschuldete AbsolventInnen.

... und seine Folgen

Studierende, die nach ihrem ersten Abschluss noch einen weiteren anstreben, sollten das ab dem Sommersemester entweder bezah-

len wollen (ebenfalls 650 Euro) oder diesen Teil aus ihrer Lebensplanung streichen. Promotionsstudiengänge, Erweiterungen für das Lehramt, Master bei konsekutiven Studiengängen und für den angestrebten Beruf benötigte Abschlüsse gelten dabei nicht als Zweitstudium.

Auch sogenannte Senioren-Studierende (älter als 60 Jahre) werden ab dem Sommersemester 2003 zur Kasse gebeten. Da viele dieser Studierenden als GasthörerInnen eingeschrieben sind, erhebt man für sie je nach belegten Stundenzahl Gebühren.

Doch auch wenn langfristig ein Teil des Geldes den Hochschulen „zu Gute“ kommen soll, bedeutet dies noch lange nicht, dass sich dadurch die Situation der Studierenden an den Hochschulen verbessert. Denn man kann dann ja prima den Bildungshaushalt kürzen.

Beschlossen ist noch nichts, wir können noch viel (Geld) verlieren. Laut Kabinett plant man, das Gesetz noch im September in den Landtag einzubringen. Und so groß ist die Mehrheit der rot-grünen Koalition auch nicht... Die Proteste gegen die geplanten Gebühren werden trotz der Semesterferien weiter gehen. Also achtet auf Flugblätter oder schaut auf der Homepage des AStA (www.asta-bochum.de) vorbei, dort findet ihr immer die aktuellsten Infos über anstehende Demos und Aktionen.

Anzeige



Kleine Chronologie der Bildungsprivatisierung

Danke rot-grün!

Trotz Akne ein dickes Auto

Bis zuletzt hatten viele gehofft, der Begriff Guido-mobil sei lediglich eine Wortschöpfung der Presse für Guido Westerwelles peinlichen Wahlkampfcavan. Am Samstag den 17. August wurden sie jedoch eines besseren belehrt. Aber den Zwischenstopp in der Dortmunder City hatte sich wohl nicht nur Guido anders vorgestellt, auch die Dortmunder FDP zeigte sich nicht gerade begeistert, als StudentInnen und AntifaschistInnen lautstark gegen Antisemitismus und Studiengebühren protestierten. So fanden sich zur einen Hälfte Menschen ein, die vermutlich schon seit zig Jahren FDP wählen, zum anderen nur Leute, die Guido und seiner blau-gelben Spasspartei rein gar keine Freude abgewinnen können: Die Antifas hadern vorrangig mit dem in der Partei anzutreffenden Antisemitismus, die Studis mit den von der FDP verfochtenen Studiengebühren, welche Westerwelle auch in Dortmund bewarb und Dortmunder RenterInnen, welche vermutlich schon als Kleinkind SPD gewählt haben dürften, mit der Steuerpolitik der FDP.

Leider musste Guido schon nach einer Stunde weiterreisen, schließlich wollen die Menschen auch anderswo etwas zum Lachen haben.... denn junge Männer in „18“-T-Shirts und dumme Sprüche gibt's sonst nur bei Naziaufmärschen o.Ä. (18 = der 1. und 8. Buchstabe im Alphabet, also AH wird von Nazis als leicht zu entschlüsselnde Chiffre für Adolf Hitler verwendet, Anm d. Red.)

Unabhängiges-Radio Bochum URBO- Das Programm

Mi. 21.08. 20:04-20:56 Uhr | Radio Disaster
Mi. 21.08. 21:04-21:56 Uhr | Underground Society; Musik aus dem Untergrund
Fr. 23.08. 20:04-20:56 Uhr | Radio Evrensel; Türkische kulturpolit. Magazin
So. 25.08. 19:04-19:56 Uhr | Amnesty International Menschenrechtsreport
Mo. 26.08. 21:04-21:56 Uhr | Radio Bonte Koe, Musik und Politik
Di. 27.08. 21:04-21:56 Uhr | URBO
Mi. 28.08. 20:04-20:26 Uhr | Kehrtwende
Mi. 28.08. 20:30-20:56 Uhr | URBO
Do. 29.08. 21:04-21:56 Uhr | Bahnhof Langendreer
Fr. 30.08. 20:04-20:56 Uhr | 12XU, Punkkultur

Unabhängiges Radio Bochum e.V. - URBO
Lothringer Str. 36 b 44805 Bochum
Tel. / Fax: 0234 / 87 6 88
e-mail: u-r-b-o@gmx.de
www.bo-alternativ.de/urbo.htm

Nachschlag

Die Antifa-Gruppe „die kleinen Strolche“ veröffentlichte im August eine Dokumentation über die Nazi-Aktivitäten während der Fußball - WM - Feierlichkeiten im Bermuda-Dreieck. Polizei und Presse hatten versucht, die Nazi-Übergriffe als Randerscheinung zu bagatellisieren. Die Fotos machen deutlich, dass es sicherlich keine Randerscheinung gewesen ist. Unter anderem hofften der Bochumer Klaus Krämer, Landesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten und Bernd Büdenbänder aus dem Umfeld der Freien Kameradschaften und JN und verurteilter Mitorganisator des Naziüberfalls auf das Falkenheim in der Akademiestraße im Sommer 2001 vergeblich auf den Sieg der deutschen Elf. „Man kann genauso wenig ein bisschen schwanger sein, wie man ein bisschen Nationalist sein kann“, heisst es einleitend in der Dokumentation: „Und so war das Original nicht fern, als am 31. Mai sich die Volksmassen im Bochumer Bermudadreieck trafen.“ Im folgenden ein Auszug aus der Dokumentation.

Mehr Inofs und Ekel-Fotos aus dem Bermuda-Dreieck unter <http://www.bo-alternativ.de/antifa/kleine-strolche.htm>

Die meisten StudentInnen haben inzwischen zumindest mitbekommen, dass Studiengebühren auf dem Vormarsch sind. Ständig gibt es weitere gebührenpflichtige Studiengänge oder neue Strafgebühren in horrender Höhe für Studis, die über die Regelstudienzeit hinaus studieren oder Linkshänder sind. Denn LinkshänderInnen belasten beim Mitschreiben nachweislich die Pulte in den Hörsälen mehr, wie ja auch „Bummelstudis“ die SteuerzahlerInnen mehr kosten als andere.



Aber Spaß bei Seite: Wer heute ein Studium beginnt, kann sich nach Jahren der Debatte um Sinn und Unsinn wahrscheinlich gar nicht mehr vorstellen, dass noch Mitte der neunziger Jahre ein gebührenfreies Studium als selbstverständlich galt. Für alle, die die Debatte nicht so ganz mitbekommen haben, hier noch einmal die Highlights der Debatte um Studiengebühren seit der letzten Bundestagswahl

27. September 1998

Im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen findet sich das von beiden Parteien während des Wahlkampfs gegebene Versprechen, die studentische Forderung nach einem verbindlichen Studiengebührenverbot im Hochschulrahmengesetz (HRG) umzusetzen, schwarz auf weiß:

„Wir werden das Hochschulrahmengesetz im Einvernehmen mit dem Bundesrat weiterentwickeln und dabei die Erhebung von Studiengebühren ausschließen sowie die verfaßte Studierendenschaft absichern.“

Frühjahr 1999

Rot-Grün verliert die Mehrheit im Bundesrat. Eine Durchsetzung des Studiengebührenverbots im HRG steht nun aufgrund der Zustimmungspflichtigkeit des Bundesrats auf wackligen Beinen. Die Chance, mit einer raschen Umsetzung des Gesetzesvorhabens Rechtssicherheit für die Studierenden zu schaffen, wurde somit von Bildungsministerin Bulmahn vertan.

18. April 1999

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) wird in Krefeld gegründet. In ihm schließen sich zahlreiche ASten und nichtstudentische Organisationen zusammen, um den außerparlamentarischen Druck auf die Regierungsfractionen zur Einlösung ihres Wahlversprechens einer Regelung zum bundesweiten Ausschluss von Gebühren für das Hochschulstudium zu verstärken.

18. Januar 2000

Der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister Jürgen Zöllner präsentiert erstmals der Öffentlichkeit seinen Vorschlag zur Einführung von Studienkonten. Mit seinem Modell soll, so Zöllner, wieder Bewegung in die festgefahrene Debatte um einen Länder-Staatsvertrag gebracht werden. Sein Vorschlag würde dabei jedem ein gebührenfreies Erststudium garantieren, tatsächlich sieht das Konzept jedoch die Erhebung von Gebühren bei Überziehung des Kontos eindeutig vor.

3. Februar 2000

Das ABS überreicht Bildungsministerin Bulmahn mehr als 120.000 Unterschriften gegen jegliche Form der Gebührenerhebung an den Hochschulen.

25. Mai 2000

Bei ihrer Sitzung in Meiningen beschließt die Kultusministerkonferenz eine Studiengebührenregelung, die sowohl das baden-württembergische Modell der Strafgebühren fürs Überschreiten der Regelstudienzeit um vier Semester, als auch die Einführung von Studienkonten-Modellen den einzelnen Bundesländern anheim stellen würde. Den Ländern wird empfohlen, diese Überlegungen mit einem Staatsvertrag in die Tat umzusetzen. Dieses Vorhaben scheitert in der Folge in zwei Anläufen (einmal im Juni, dann im Oktober).

25. Juli 2001

Das Bundesverwaltungsgericht weist die Klage mehrerer Studierender aus Baden-Württemberg gegen die dortige Langzeitgebührenregelung ab. Das Urteil führt einmal mehr die Notwendigkeit eines verbindlichen bundesweiten Gebührenverbots vor Augen. Anstatt dieses Projekt nun in Angriff zu nehmen, verteidigt jedoch Bildungsministerin Bulmahn die Entscheidung des BVG. In einem Fernsehinterview am selben Tage formuliert sie die endgültige Kehrtwende in der rot-grünen Bildungspolitik in dem Satz: „Ich bin der Auffassung, dass das Erststudium gebührenfrei bleiben sollte in einer angemessenen Zeit. Das heißt eben auch: Regelstudienzeit plus vier Semester.“

Unter anderem aufgrund dieser positiven Bezugnahme auf „Langzeit“-Studiengebühren fordern ABS sowie zahlreiche Studierendenvertretungen und –verbände Bulmahn Anfang August in einem Offenen Brief zum Rücktritt auf.

3. September 2001

Der niedersächsische Wissenschaftsminister Oppermann (SPD) kündigt an, in seinem Bundesland ab 2003 Studiengebühren nach dem baden-württembergischen Modell einführen zu wollen. 500 Euro sollen LangzeitstudentInnen pro Semester zahlen.

6. November 2001

Das Präsidium der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) legt zusammen mit dem Bertelsmann-Ableger „Centrum für Hochschulentwicklung“ (CHE) ein Eckpunktepapier „Studiengebühren als Option für autonome Hochschulen“ vor, in dem dafür plädiert wird, den Universitäten die Erhebung von Studiengebühren bereits ab dem 1. Semester nach deren Gusto zuzugestehen.

HRK-Präsident Landfried begründet den Richtungs-schwenk (die HRK hatte sich 1996 noch für ein gebührenfreies Studium ausgesprochen) mit angeblich „günstigeren Rahmenbedingungen“ zur Einführung von Studiengebühren, wobei explizit die zum 1. April 2001 in Kraft getretene BaFöG-Reparatur-novelle genannt wird.

Parallel dazu kündigen der rheinland-pfälzische Minister Zöllner und seine NRW-Kollegin Behler die Einführung von Studienkonten in ihren Bundesländern ab 2004 an und betonen, damit „Anreize für ein zügiges Studium“ schaffen zu wollen.

9. November 2001

Der Bundestag lehnt bei seinem Beschluss der 5. HRG-Novelle die Änderungsanträge der PDS, darunter auch den Verankerung der Studiengebührenfreiheit, mit den Stimmen aller Fraktionen außer denen der PDS ab.

14. Januar 2002

Anzeige

Der Referentenentwurf aus dem Bundesbildungsministerium für eine weitere Novelle des HRG, die noch bis zum Sommer verabschiedet werden soll, besagt, dass das Landesrecht „in besonders begründeten Fällen“ Ausnahmen vom generell gebührenfreien Erststudium vorsehen kann. Dies würde sowohl Studienkonten-Modelle als auch die Langzeitgebührenregelung á la Baden-Württemberg zulassen.

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren und der studentische Dachverband fzs kündigen auf ihrer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin an, bei einer HRG-Regelung, die die Erhebung von Studiengebühren ermöglicht, in den Wahlkampf 2002 mit massiver Kritik am gebrochenen Wahlversprechen zu intervenieren. Motto: Studiengebühren könnt auch IHR Euch nicht leisten. Die Webseite zur Kampagne: www.gute-bildung.de

23. Januar 2002

Im Saarland wird eine Einführung von Studiengebühren beschlossen: Wer länger als die Regelstudienzeit plus vier Semester studiert, soll künftig Gebühren von 500 Euro pro Semester zahlen. Das hat der Landtag auf Antrag der CDU-Landesregierung beschlossen. Das neue Saarländische Hochschulgebührengesetz tritt bereits zum 1. April 2002 in Kraft.

24. April 2002

Das neue HRG wird verabschiedet. Es verbietet keine der bisher praktizierten Gebührenregelungen, sondern lässt praktisch alle Formen von Studiengebühren zu. Die wachsweiße Formulierung erlaubt „in besonderen Fällen“ alles.

8. Mai 2002

Gerüchte berichten von der Einführung von Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen schon im nächsten Semester. Mit dem Geld sollen Haushaltslöcher des Landes NRW gestopft werden. Die Gerüchte stimmen leider.

16. Mai 2002

Ein „geheime“ Vereinbarung der TU München und dem CHE sieht Studiengebühren von bis zu 12.000 Euro pro Jahr und ab dem ersten Semester vor.

Zu den aktuellen Entwicklungen in NRW siehe Artikel auf Seite 1.

StudentInnen, Nationalstolz, Antisemitismus Schlussstrichmentalität

Der Wunsch nach einem Ende der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, eng verbunden mit dem Wunsch nach neuem nationalen Selbstbewusstsein, ist in der deutschen Bevölkerung schon längst mehrheitsfähig. Unter StudentInnen ist die Gegenposition zwar noch häufig vertreten und die Erinnerung an NS-Verbrechen und Holocaust halten viele auch heute noch für wichtig und nötig, doch die Zahl der SchlussstrichbefürworterInnen nimmt auch unter den StudentInnen zu, so das Ergebnis einer Studie zweier Essener Erziehungswissenschaftler.

Die Untersuchung geht zurück auf die Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an Martin Walser 1998, sowie die im Anschluss an diese entstandene Debatte. Walser traf damals mit seiner Rede – durchsetzt mit nationaler Deutschtümelei und latentem Antisemitismus – nicht nur den Nerv eines Großteils der deutschen Bevölkerung sondern auch den vieler PolitikerInnen, als er im Zusammenhang mit dem Holocaust von der „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“ und vom Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin als einer „Monumentalisierung der Schande“ sprach. Dies zeigte sich in der anschließenden Diskussion, in welcher tausende Deutsche ihrem Helden Dankesbriefe schrieben, vor allem aber daran, dass viele Intellektuelle und PolitikerInnen diesem den Rücken stärkten und im Gegenzug den damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden für seine Kritik angriffen. Ignatz Bubis äußerte sich angesichts dieser Entwicklung gegen Ende seines Lebens resigniert, als er anmerkte, dass ein Großteil der deutschen Bevölkerung wie Walser denkt. Besonders dramatisch sah Bubis zu Recht die Aktualität und Beliebtheit dieser Schlussstrich-Mentalität unter den Intellektuellen. Er

habe, so Bubis, durchaus Verständnis für den einfachen Bürger, der bequem leben möchte, „Aber es kommt immer darauf an: Was tut die Geisteselite?“. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die aktuelle Studie zu betrachten, bleibt die Frage, wie weit – folgt man Bubis Argumentation – die Zustimmung zu Schlussstrichforderung und neuem Nationalstolz in der vermeintlichen Geisteselite mittlerweile verbreitet ist. Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass eine deutliche Mehrheit der Deutschen dieses Ende der Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust fordern, bezeichnend hierbei ist vor allem das der Anteil der Zustimmenden unter den 18- bis 29-jährigen mit 69 Prozent und 15-17-jährigen mit 81 Prozent ungleich größer ausfällt, als unter den über 60-jährigen mit 53 Prozent.

StudentInnen...

Von den befragten deutschen Studis der Uni Essen fordern mehr als ein Drittel einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit; oft ist dies verbunden mit einer bestimmten Form des Antisemitismus und einer materialistisch-hedonistischen Lebenseinstellung. Bedenklich angesichts der Tatsache, dass viele von diesen vermutlich – ohne die Studis als geistige Elite bezeichnen zu wollen – in Zukunft einen größeren Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung ausüben werden als manch andere gesellschaftliche Gruppe. So stimmen 17 Prozent der Studis der These zu, „die Linke“ missbrauche Auschwitz, „um ihren Hass gegen Deutschland aufrechtzuerhalten“, ganz so, als gebe es nicht genügend andere Gründe dafür. Da verwundert es, dass sich 51 Prozent der Essener Studis die Erinnerung an den Holocaust für „sehr wichtig“ und weitere 41 Prozent für „wichtig“ halten, obwohl gleichzeitig 36% von ihnen einen Schlussstrich fordern. Fast die Hälfte, immerhin 43 Prozent, lehnen es des weiteren „eher ab“ mehr Straßen und Plätze nach JüdInnen zu benennen, 23 Prozent sogar entschieden – ob noch mehr Sedanstraßen und Hindenburgplätze ebenfalls auf Ablehnung stoßen würden, sei hier einmal dahingestellt. Da verwundert es kaum, dass

immerhin 20 Prozent die Haltung von Unternehmen welche sich nicht am Entschädigungsfond für ehemalige ZwangsarbeiterInnen beteiligt haben, für „verständlich“ halten. Man hält Deutschland und sich selbst anscheinend für Opfer, weshalb auch gleich 15% der StudentInnen das geplante Holocaust-Mahnmal in Berlin mit der Begründung dies sei „zu teuer“ ablehnen.

Fazit

Die Untersuchung zeigt, dass die Schlussstrichmentalität nicht nur ein Problem der eher Rechtsorientierten ist, denn 28 Prozent der StudentInnen, wollen die NS-Vergangenheit weder verharmlosen noch vergessen, plädieren jedoch gleichzeitig für einen Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit dieser. Zu Recht interpretieren die Essener Wissenschaftler, dass sie in Ruhe gelassen werden wollen, nicht durch Straßennamen o. Ä. an die unbequeme Vergangenheit erinnert werden wollen. Die Schlussstrichmentalität ist bei ihnen verbunden mit der Gewissheit, das Deutschland sowohl politisch als auch militärisch erst nach einem Schlussstrich wieder voll handlungsfähig sein könne, sie ist zusammen zu sehen mit dem Willen neues nationales Selbstbewusstsein zu gewinnen und Nationalstolz zu entwickeln, ganz im Sinne der Politik der neuen „Berliner Republik“. So war es keine Überraschung, das die „Deutsche National Zeitung“ von DVU-Chef Gerhard Frey die Ergebnisse der Untersuchung jüngst als Beweis dafür nahm, das Deutschland endlich „gesundes Nationalbewusstsein“ entwickelt. Auch Gerhard Schröder dürfte sich begeistert gezeigt haben. Hatte er doch schon in seiner Regierungserklärung vom November 1998, also kurz nach Walsers Rede, das „Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muss“ beschworen und sein Regierungssprecher passend ergänzt, der Umgang des Kanzlers mit der Geschichte sei „nicht so verzagt“, zudem lasse sich „Deutschland nicht mehr mit dem schlechten Gewissen traktieren“.

jas

Klaus Ahlheim, Bardo Heger: Die unbequeme Vergangenheit - NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerns, Wochenschau Verlag, ISBN 3-87920-469-1

Mehr Urteile gegen politische Meinungen Lerne schweigen, AStA

Wenn es ums Weltgeschehen geht, haben Studierende zu schweigen. Zumindest ihre gewählten Vertretungen dürfen sich nicht zu Wort melden. Dies bestätigen kürzlich Urteile des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) in Kassel und des Verwaltungsgerichts Berlin.

In den aktuellen Prozessen ging es um Äußerungen zur deutschen Kriegsbeteiligung in Afghanistan bzw. im Kosovo. Was in Berlin seit dem 15. Juli erstinstanzlich geklärt ist, wurde knapp zwei Wochen später in Gießen im einstweiligem Anordnungsverfahren entschieden: „Der Antragsgegnerin (AStA) ist untersagt, politische Erklärungen, Stellungnahmen oder Forderungen abzugeben, die keinen konkreten studien- oder hochschultypischen Inhalt haben.“

Weil der aktuelle Bezug nicht fehlen durfte, erwähnte der VGH Kassel auch das Thema Rasterfahndung in seinem Beschluss. „Wie eine politische Ohrfeige“ empfand Katharina Volk vom Gießener AStA die Ausführungen des Gerichts: „Irgendwie scheint hier zum einen die Intention des Gesetzgebers, aber auch die neueste Gesetzgebung am VGH vorbeizugehen.“ Im Juli hatte der Bundestag die sechste Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) beschlossen. Das neue HRG erlaubt nun den ASten unter anderem die Förderung der „Bereitschaft“ der StudentInnen „zum Eintreten für die Grund- und Menschenrechte“.

In den vergangenen Jahren wurden immer wieder

Klagen wegen so genannter „allgemeinpolitischer“ Äußerungen gegen ASten geführt. In der Regel mit Erfolg für die Kläger, die in den meisten Fällen aus dem Umfeld des Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) kamen und nicht selten Mitglieder von Burschenschaften waren.

Tatkräftige Unterstützung erhielten die Kläger immer wieder von den Gerichten. So entschied zum Beispiel das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen am 23. April 1997, dass „eine inhaltlich wertende Auseinandersetzung mit Gegenständen des Studienfaches“ nicht zu den Kompetenzen der Studierendenschaft gehöre. Anlass der Klage war ein Zeitzeugengespräch zum Nationalsozialismus.

Der Gießener AStA musste bereits im August 1997 ein Ordnungsgeld in Höhe von 10000 DM zahlen. Er hatte in dem Antrag, eine Delegation zu dem 14. Weltfestival der Jugend und Studierenden in Havanna schicken zu dürfen, nebenbei erwähnt, dass dieses „im Dienste der Völkerverständigung und der internationalen Verständigung unter Jugendlichen“ stünde.

Dieser Rechtssprechung liegt u.a. die Vorstellung einer neutralen Wissenschaft zu Grunde. Eine absurde Idee, meint Miriam Bürger, Geschäftsführerin beim Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit, das die HRG-Novelle unterstützt hatte: „Wissenschaft, die den gesellschaftlich akzeptierten Wissenschaftskanon und die gesellschaftlich vorherrschenden Denkformen reproduziert, ohne diese kritisch zu hinterfragen, bezieht durch die Abwesenheit solch grundlegender Kritik ebenso Stellung wie Wissenschaft, die gesellschaftliche Interessen analysiert, gegebenenfalls aufdeckt und sich zu ihnen kritisch verhält. Wer also auf das politische Mandat verzichtet, nimmt damit zugleich auf andere

Weise das politische Mandat wahr.“ Auch müsse eine demokratisch legitimierte Studierendenvertretung das Recht haben, sich öffentlich mit politischen Themen auseinanderzusetzen und sich zu diesen zu positionieren, erklärt Bürger. „Zu bestimmen, was die politischen Interessen von Studierenden sind, darf nicht in den Händen der Gerichte liegen.“

Dass trotz der Änderung des Hochschulrahmengesetzes weiterhin Urteile wie in Kassel und Berlin gefällt werden können, liegt zum einen daran, dass den Ländern eine Frist zur Umsetzung der Novelle von drei Jahren gelassen wird. Aber die Gerichte scheinen auch nicht Willens zu sein, ihre Rechtssprechung zu überprüfen und die neuen Voraussetzungen zu berücksichtigen. Stattdessen zensieren sie weiter und betätigen sich als Handlanger rechts-konservativer StudentInnen.

Die StudentInnenvertretungen in Gießen und Berlin sind indes nicht bereit, die Gerichtsbeschlüsse zu akzeptieren. Sie wollen sich weiter für ein politisches Mandat einsetzen. „Wir werden die Unteilbarkeit von Politik verteidigen und die künstliche Trennung in sogenannte „Allgemein-“ bzw. „Hochschulpolitik“ angreifen“, kündigt Sarah Ernst, die Öffentlichkeitsreferentin im Referentenrat der HU Berlin an.

tjark sauer



Mittwoch, 21. August

Friedensplenum

19.30 Uhr Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Donnerstag, 22. August

Infoveranstaltung: Asylrecht ist Menschenrecht und kein Privileg! Tour der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen.

18 Uhr, VHS Bochum im BVZ/Rathaus (Raum 047), Bochum

Linkes Netzwerk Bochum

19.45 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Sams- + Sonntag, 24.+25. August

Autoritärer Charakter – Faschistische Täter.

Seminar des ak rote ruhr. Infos: <http://www.rote-ruhr.uni.org>
ab 12 Uhr, Zeche Zollverein, Essen

Sonntag, 25. August

Open-Air-Konzert „Odyssee - Kulturen der Welt“: Sandy Lopicic Orkestar (Eintritt frei)

19.30 Uhr, Zeche Gibraltalr (Kemnader Stausee - Oveney), Bochum

Montag, 26. August

Treffen der Medizinischen Flüchtlingshilfe

20 Uhr, Gebäude der IFAK (Engelsburger Str. 168), Bochum

Dienstag, 27. August

„Tatort Deutschland - falsche Politik muss man nicht wählen!“ Weitere Überlegungen zur Einmischung in den Wahlkampf 2002

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Mittwoch, 28. August

Anti-Atom-Plenum

20 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Donnerstag, 29. August

Open-Air-Konzert „Odyssee - Kulturen der Welt“: Schäl Sick Brass Band & Special Guests (Eintritt frei)

19.30 Uhr, Zeche Gibraltalr (Kemnader Stausee - Oveney), Bochum

Sonntag, 1. September

Eröffnung der Ausstellung „Odyssee - Kulturen der Welt: Zuhause in der Fremde“ (bis 30.9.)

Bahnhof Langendreer, Bochum

Dienstag, 3. September

Antifa-Café

18.00 Uhr, Alevitische Gemeinde (Hermannshöhe 7), Bochum

„Tatort Deutschland - falsche Politik muss man nicht wählen!“ Weitere Überlegungen zur Einmischung in den Wahlkampf 2002

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Mittwoch, 4. September

Friedensplenum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Anzeige



Die Postpost

Nicht nur ist seit geraumer Zeit bereits die Ära der Postmoderne, des Post-Punk und was man sonst noch so alles posten kann angebrochen; auch die ehemalige staatselgene Paketkolchase zum Briefe verschicken ist inzwischen in die Post-Post-AG-Phase eingetreten.

Untrügliches Zeichen für diesen revolutionär unrevolutionären aber toll durchgestylten neuen Abschnitt der Briefversandung ist die derzeitige Kooperation zwischen Post und Bahn AG. Besonders perfide an dieser epochalen Zusammenarbeit ist, dass noch niemand davon gehört hat. Da brauchte es schon miserablen Bahn-Service und unermüdlich forschende bsz-RedakteurInnen, um dieses gepflegte Doppelpassspiel zu entdecken und an die Öffentlichkeit zu bringen.

Aber der Reihe nach: Wer schon einmal in Bochum gewohnt hat und unter der Woche FreundInnen in der Stadt des derzeitigen Fußball-Meisters besuchen wollte, weiß sicherlich eins: Kaum hat der Abend begonnen und die ersten Tütchen und die erste Flasche Wodka sind umweltfreundlich entsorgt worden, muss man auch schon wieder Abschied nehmen, da die letzte Bahn so um 23.30 Uhr Richtung Bochum aufbricht.

Bis vor kurzem musste man bis 2.48 Uhr völlig angepöbelt am Dortmunder Bahnhof warten, um wieder in die Stadt des derzeitigen Tabellenführers zu gelangen. Doch ist diesem Ungemach inzwischen zwar kein Ende bereitet, aber Abhilfe ist in Sicht. Denn mindestens eine halbe Stunde, bei entsprechender Langeweile und Stupidität der BenutzerInnen auch länger, kann man wie auch frau nun an der Packstation der Post verbringen. In diese füllen einige freundliche PostmitarbeiterInnen täglich oder einmal jährlich einige Pakete (daher vermutlich auch der höchst uninspirierte Name Packstation). Die betrunkenen oder der bekifften Bahnleiden darf sich an dieser vergnügen, um ein nie verlangtes Paket nicht zu bestellen und trotzdem abzuholen. Damit sich die Tür zum heiligen Paketgral öffnet muss man eine bestimmte Zahlenkombination eingeben und schon öffnet sich eine Tür, hinter der man sich zur Not auch vor Nazis, BGSlerInnen oder schwarzen Sheriffs verstecken kann. Leider ist es der gesamten bsz-Redaktion am letzten Mittwoch in einem knapp einstündigen und akribisch vorbereiteten Versuch nicht gelungen, das Türchen zu öffnen, da immer die falschen Zahlenkombinationen eingegeben wurden.

Soviel sei aber an dieser Stelle noch verraten: Politisch einschlägig vorbestrafte Zahlenkombinationen wie 88 sind grundsätzlich zugelassen, doch lag für die Nummer 88 im Versuchszeitraum (15.8.2002 von 0.15 bis 1.15) kein Päckchen zur Abholung bereit. Allen, die in nächster Zeit also in Dortmund den letzten Zug nach Bochum verpassen, sei empfohlen, witzige Spielchen mit der Packstation am Hauptaussgang des Bahnhofs zu veranstalten. Die Züge kommen dadurch natürlich nicht früher. Aber es hilft gegen die Langeweile, und ist auch sicher toll für den Standort Deutschland oder zumindest das Ruhrgebiet. Und Wirtschaftsförderung ist ja unser aller Hobby. Sollte es übrigens einen Lesenden der bsz gelingen, tatsächlich ein Paket aus der Packstation zu ergattern, spendet die bsz dieser Person einen IC-Zuschlag, um beim nächsten Dortmund Aufenthalt bereits um 2 Uhr statt um 2.48 Uhr nach Hause zu gelangen. Viel Spaß und Erfolg wünschen nicht nur wir, sondern ausdrücklich auch Herr Mehdorn, der in einem Telgefongespräch mit der bsz bestätigte, dass es sich bei der Zusammenarbeit von Bahn und Post um „ein zukunftsweisendes Projekt handelt, welches weltweit seines gleichen sucht und nicht findet.“



bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss

Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Charlotte Ullrich (cu), Claus Witte (wc)

V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen

Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>

Wer waren die Grünen? Fischermen's End

Wer waren eigentlich die Grünen? Beschäftigt man sich ein wenig mit der Geschichte des ausgehenden 20. Jahrhunderts, so stößt man unweigerlich auf eine „Partei“ gleichen Namens, die 23 Jahre lang immer wieder für Furore sorgte, dann jedoch urplötzlich von der Bildfläche verschwand. Zum 100. Jahrestag ihrer Gründung im Jahre 1979 sprachen wir mit dem Historiker Michael Janus, Lehrbeauftragter für kapitalistische Geschichte an der Fidel-Castro-Universität Bochum. In seinem leserwerten Buch „Korruption – Stabilisator und Zerstörer der Ausbeutergesellschaft“ widmet er den Grünen das ausführliche Kapitel „Der Letzte macht das Licht aus“.

BSZ: Eine ungewöhnliche Kapitelüberschrift. Erläutern Sie die doch bitte mal!

Janus: Der Titel spielt auf das Ende der „Globalen Bunt-Radikalen (GBR)“ an, das sich vor 15 Jahren auf ähnliche und paradoxerweise auch genau umgekehrte Weise wie das der „Grünen“ vollzog. Damals wurde der GBR der Stöpsel von diesen verruchten Banden aus Berlin und Washington gezogen, indem man sie einfach kaufte: Vor ihrer Flucht mit dem Raumkreuzer „Leviathan“ auf die Markolonie „New Florida“ ernannten die kapitalistischen Herrschaftsquellen die Kommandoetage der GBR kurzerhand zur Weltregierung und schmierten sie mit Spitzengeldern.

BSZ: Ist das denn historisch fundiert?

Janus: Sicherlich! Wer sonst hätte den „Eliten“ um Kanzler Schnödel und Präsident Wood den Weg zum Raumhafen freischießen können, wenn nicht die global organisierten Söldner von „Green War“, der einflussreichsten Strömung innerhalb der GBR?

BSZ: Genützt hat's aber nix!

Janus: Ha, ha! Nein, so blöd, wie die sich als Statthalter aufgeführt haben ...

BSZ: ... und das auch noch als Politik verkaufen wollten.

Janus: Genau! Ich könnt' mich heute noch kaputtlachen: „Politik von Friedensgebern für Friedensnehmer“ – einfach köstlich!

BSZ: Und der Vergleich zu den Grünen?

Janus: Der Vergleich im Verhalten ist das Bemerkenswerte. Als sich z.B. im Jahre 2002 der „Bajuwaren-Block“ und

ein weiterer profaschistischer Juniorpartner an die Macht putschten, übernahm irgend so ein Clown aus Münster das Umweltministerium – etwas ähnliches wie unser heutiger „Planungsrat zum ökologischen Neuaufbau“ –, und dort entdeckte er natürlich Akten und Photos – grausige Photos der frisch abgesägten Umweltministerin und des Ex-Außenministers, beide in Latzhosen und mit Mistgabeln vor einer Rotte wohlgenährter Schweine stehend. Es war wohl beabsichtigt, diese Pose in den Medien zu verbreiten, um ... na ja, um sowas wie eine „aufklärerische Botschaft“ zu vermitteln. Einfach lächerlich!

BSZ: Die Rolle der damaligen Medienmacht ist ja heutzutage zumindest theoretisch verstanden. Es glaubten wohl tatsächlich 99% aller Redaktionen, solcherei „Berichterstattung“ sei der einzig mögliche Weg, etwas mitteilen zu können.

Janus: Dazu ist es in diesem Fall zum Glück nicht gekommen. Man konnte den neuen Machthabern nachgerade dankbar sein, dass sie den Bundes-, Entschuldigung, Reichstag und die Ministerien sofort vom „Kommando Spezialkräfte“ der Bundeswehr besetzen ließen. Dadurch konnte zumindest die Freigabe dieser unästhetischen Photos verhindert werden.

BSZ: Sie behaupten in jenem Kapitel, die Grünen hätten sich nicht wegen erwiesener Nutzlosigkeit freiwillig aufgelöst, sondern mussten alles andere als gewaltfrei zerschlagen werden.

Janus: Seien Sie gegenüber dem neuen Regime nicht ungerecht. Es war nicht einfach herzlos. Dem neuen Kanzler und Präsidenten konnte man sogar nachweisen, dass er einen deutschen Schäferhund besaß und kinderlieb war.

BSZ: Aber wieso hat man die Grünen – wie sie schreiben – an die Wand gestellt, wenn sie doch eh' nie wieder eine Chance hätten erhalten können, wieder an die Macht zu kommen?

Janus: Nun, dazu müssen Sie die gesellschaftlichen Verhältnisse der damaligen Zeit genauer unter die Lupe nehmen. Die Grünen buckelten sich den Ast krumm, um irgendwas vom großen Kuchen abzubekommen. Man könnte sagen, bis zur Selbstaufgabe. Aber durch ihre politische Sozialisierung und damit einhergehender Charakterlosigkeit gingen sie, kaum dass sie ihr Ziel erreicht hatten, so stümperhaft ans Werk, dass sie niemand mehr bestechen wollte – und musste. Wollen eben deshalb nicht, weil auf sie in keinem Punkt Verlass war. Innerhalb der vier Jahre ihrer „Regierungszeit“ gaben sie alle ihre politischen Ziele restlos auf, sei es der Pazifismus, die Ökologisierung, ihre fundierte wissenschaftliche und kritische Position zu AKW's, Feminismus oder ihre Haltung

zu Studiengebühren.

Niemand musste sie bestechen, weil sie vollauf damit zufrieden waren, ihre Bundestagsdiäten einzustreichen und ein bißchen moralisch zu zetern, bevor sie beispielsweise „schweren Herzens“ einem Krieg zustimmten.

Aber den Todesstoß versetzte ihnen der sozial, äh, der sozialdemo-, mist, deren Bezeichnung muß ich noch mal nachschlagen. Im März 2002 erledigte Bundesverkehrsminister Bodewig von den Anderen die Grünen mit einem genialen Schachzug. Er präsentierte den Bundesradwegeplan und raubte damit dem verlotterten Haufen sein letztes großes Thema.

BSZ: Womit Sie immer noch nicht die Frage beantwortet haben, warum man sich ihrer komplett entledigte.

Janus: Vergessen Sie nicht die psychische Komponente. Sie waren lästig: Nachdem man sie zunächst nur aus ihren bequemen Bundestagssesseln katapultiert hatte, taten sie auch noch entrüstet – ein Wort, das sie meines Erachtens nach vorsätzlich aufgrund eines ihrer speziellen seelischen Zustände erfunden haben. Das muss schrecklichster Terror gewesen sein: Moralisches Rumgenöle, Demos für „Toleranz gegenüber Andersdenkenden“, Workshops für eine „friedliche Protestkultur“ ... Was, frage ich Sie, hätten Sie als neuer Machthaber getan, wenn Ihnen jemand so mir nix, dir nix die Stimmung versaut?

BSZ: Umerzählen wäre doch auch eine Lösung gewesen.

Janus: Ja, aber wann? Das neue Regime war erst frisch an der Macht. Es brauchte noch sechs Jahre, um seine „Neue Ostpolitik“ konsequent umzusetzen und Lager fernab Westeuropas zu errichten. Das wären sechs lange Jahre gewesen, begleitet von „Beten für den Frieden“, „Entrüstet Euch“, „Mahnen gegen den Hunger“, und so weiter: Das geht doch auf keine Kuhhaut, da mußte ganz schnell was geschehen. Sie sehen, nicht alles, was der „Bajuwaren-Block“ umsetzte war schlecht.

BSZ: Der dritte Weltkrieg war schrecklich, aber zugegeben: Die Arbeitslosigkeit war wie weggeblasen, und dann erst diese neuen Autobahnen!

Janus: Ja, ja, die Autobahnen ...

Dieses Interview wird voerst nicht geführt von Jörch Schönewerk